

Frau Vorsteherin,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich über diese Aufbruchsstimmung, die der Stadtrat verbreitet. Wir haben ein breites Spektrum an Emotionen, die uns begegnen, wenn es um das Thema geht. Wenn ich an den letzten Planungsausschuss denke, da gab es auch eine ganze Reihe von Beiträgen, da fällt mir aber eher ein Filmzitat ein: „Die Bibel nennt dieses Ereignis „Armageddon“, das Ende aller Tage“. – Vielleicht ist „Armageddon“ auch ein Name, den man für diesen Stadtteil in Betracht ziehen kann. Noch gibt es keinen, aber wir können ihn in die Liste der Vorschläge aufnehmen.

(Heiterkeit)

Spaß und Pathetik einmal beiseite, das Thema ist ein sehr ernstes und sehr wichtiges für unsere Stadt und vor allem für die Stadtentwicklung. Frankfurt wächst, der Dezernent hat es schon ausgeführt. Das gehört zu den Grundbestandteilen von Reden zum Thema Planungspolitik und Stadterweiterung, deswegen möchte ich es etwas kürzer fassen: Die Zahlen sind Ihnen bekannt, die Gründe – die gute Wirtschaftskraft und die hohe Attraktivität der Stadt – auch, das wird hier immer wieder zu Recht ausgeführt und als Ergebnis einer erfolgreichen Politik der Stadt betont. Das möchte ich nicht neu aufwärmen.

Richtig ist: Wir haben viele Neu-Frankfurter, die ein Dach über dem Kopf brauchen. Vielleicht kann man an dieser Stelle einmal ergänzen, dass wir auch viele Alt-Frankfurter haben, die ein neues, anderes Dach über dem Kopf brauchen! Zum Beispiel junge Familien. Auch das ist ein Grund, warum wir über neue Baugebiete nachdenken müssen und warum der richtige Weg in einer gestaltenden Erweiterung der Stadt liegt – und nicht in einer Grundhaltung wie „Wir machen die Schotten dicht und sperren alle aus, die vielleicht nach Frankfurt ziehen wollen.“ In diesem Denken kann keine Lösung liegen und das ist auch der Grund, warum wir als Koalition sagen: In diesem Teil Frankfurts, im Nordwesten, sollen die Chancen und das Potenzial geprüft werden, neuen Wohnraum zu schaffen!

Die Koalition wird heute deshalb dem Magistrat den Auftrag erteilen, in vorbereitende Untersuchungen einzutreten. Der Ausdruck „vorbereitende Untersuchungen“ wird allerdings, so ist mein Eindruck, nicht von allen Diskussionsteilnehmern richtig verstanden. Auch in namhaften Zeitungen finden wir Überschriften wie „Alte Fehler werden noch einmal gemacht“ und Ähnliches. Das sind Fehl- und eigentlich auch Überinterpretationen von dem, was heute hier ansteht. Wir fassen heute keinen Beschluss, der dazu führt, dass morgen der Bagger anrückt, sondern wir fassen heute einen Beschluss, der sagt: „Ja, in diesem Teil von Frankfurt besteht Potenzial, und ja, wir wollen genauer prüfen und wissen, was dort geht.“ Insofern ist vielleicht das Wort Potenzialanalyse ein Ausdruck, der besser passt.

Worum es heute nicht geht und auch nicht morgen oder in den nächsten vier Wochen, ist eine Vorfestlegung über Zuschnitt und Struktur der neuen Wohngebiete. Es geht um einen ersten Schritt - ein Verfahren, das wir übrigens kennen, zum Beispiel vom Innovationsquartier. Dort hat es - nicht im Innovationsquartier, sondern im Ernst-May-Viertel - auch in einem viel größeren Bereich mit vorbereitenden Untersuchungen angefangen, die dann eben nicht dazu geführt haben, dass der gesamte ursprüngliche Untersuchungsbereich in einem Zug bebaut wird, sondern die dazu geführt haben, dass es einen Erkenntnisgewinn gab und dass über Teilbereiche gesprochen und - Stichwort Innovationsquartier - mit ganz unterschiedlichen Geschwindigkeiten entschieden werden kann. Insofern: Voruntersuchung heißt für uns „ordentlich prüfen, was geht“ und nicht „jetzt bauen, so viel, wie geht“.

Mir ist schon bewusst, dass es durchaus Leute hier im Haus gibt, die das Motto des Oberbürgermeisters „Bauen, Bauen, Bauen“ wahrscheinlich besser finden, die CDU aber findet, dass das nicht der richtige Weg ist. Dazu gibt es hier noch viele offene Fragen, die erst untersucht und auch beantwortet werden müssen, bevor wir die nächste, die richtige Anschlussentscheidung treffen.

(Beifall)

Beispielhaft kann man nennen: Boden, Wasser, Luft und Lärm - also die Autobahn -, die Leitungstrassen, die der Stadtrat erwähnt hat, ob die nun für Strom, Wasser oder Gas sind, die Themen Klima- und Landschaftsschutz, Biotop und Artenschutz, Trinkwasser- und Hochwasserschutz. Die Liste lässt sich noch weiter fortsetzen, das ist ein ordentliches Arbeitsprogramm für diese Untersuchungen, die, nach der Magistratsvorlage, hoffentlich in etwa zwei Jahren abgeschlossen sein werden. Wir werden sehen, ob dieser Zeitplan, der vielleicht ein bisschen ehrgeizig ist, so eingehalten werden kann.

Allerdings, und das ist durchaus erwähnenswert, haben wir uns in der Koalition entschieden, auf Initiative der CDU, dass wir heute nicht nur einfach die Vorlage beschließen, sondern, dass wir auch ein paar Maßgaben dazu formulieren, die dem Magistrat zeigen sollen, wie nach unserer Vorstellung als Stadtparlament diese Untersuchungen ablaufen sollen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, der Antrag liegt Ihnen allen vor. Es wird zum Beispiel geprüft werden, welche Folgen es hat, wenn nur bestimmte Teile des Untersuchungsgebietes bebaut werden, und das ist auch richtig so.

(Beifall)

Es wird zu Recht die Frage gestellt, wo eigentlich die einzelnen Parteien bei diesen Themen stehen. Haben die alle die gleiche Auffassung oder gibt es da Unterschiede? Die Antwort

lautet: Ja, es gibt Unterschiede, und ein Unterschied wurde vorhin schon angesprochen. Innenentwicklung geht für die CDU vor Außenentwicklung! Das kann man durchaus an der Stelle noch einmal erwähnen, denn es zeigt, dass wir den Schwerpunkt nicht darin sehen, neue Flächen in großem Maß zu versiegeln. Wir sind nicht die Partei der Bodenversiegelung, sondern die Partei, die möglichst viele Möglichkeiten überprüft und überall in dieser Stadt in Betracht zieht! Die Innenentwicklung ist sicherlich die grundsätzlich nachhaltigere und ökologisch sinnvollere Lösung. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, im Bereich der sogenannten Baulücken und auch der kleineren Gebiete, in denen man Lücken schließen kann, dass die Liste der Möglichkeiten für eine Innenentwicklung begrenzt ist, insofern müssen wir auch, gerade für eine etwas langfristige Planung, neue Gebiete, wie es jetzt hier im Frankfurter Nordwesten geschieht, in Betracht ziehen.

Wir sehen heute bei diesem Plangebiet - und das muss man vielleicht einmal sagen - Chancen, wobei wir noch nicht genau sagen können, ob es später Baugebiete geben wird. Die Chancen werden geprüft und dann werden wir sehen, was sich davon realisieren lässt. Wenn es dort Potenzial, auch in größerem Ausmaß, für Wohnbebauung gibt, dann würde das in unseren Augen dazu beitragen können, dass hier in Frankfurt das Wohnflächenangebot erhöht wird und dass das im Ergebnis auch den relativ rasanten Miet- und Kaufpreisanstieg für Wohnimmobilien in unserer Stadt abbremsen kann.

(Zurufe)

Ja, für manche von uns ist das Quatsch - Professoren, die in der Zeitung auch Artikel schreiben, sehen aber durchaus einen Zusammenhang. Die Angebotsmenge an Wohnbaufläche hat durchaus einen Zusammenhang mit der Preisentwicklung und Gestaltung der Preisentwicklung.

Als CDU wünschen wir uns ein umfassendes und qualitätsvolles Wohnungsangebot, auch und gerade für die bürgerliche Mittelschicht und dazu gehört für uns auch Wohneigentum und nicht nur Mietwohnungen. Gleichzeitig bekennen wir uns zu dem Ziel und zu dem in den letzten Jahren erfolgreich beschrittenen Weg, dass 30 Prozent der Flächen im geförderten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Das hat sich bewährt, und das wollen wir, im Sinne einer guten sozialen Durchmischung, genau so fortsetzen.

(Beifall)

Ein breites Angebot an Wohnformen, und dazu gehören auch Einfamilienhäuser, wollen wir, wo möglich, für die gesamte Bevölkerung erreichen. Ich möchte aber für die CDU ganz klar betonen, dass es für uns bei diesem Baugebiet keine formale Zielmarke von 30.000 Einwohnern gibt. Im Gegensatz zu vielleicht anderen werden wir die Ergebnisse der

Untersuchung zur Kenntnis nehmen und prüfen. Erst dann werden Entscheidungen getroffen, wo und wieviel gegebenenfalls zu bauen ist. An dem Punkt würde ich mir auch von der SPD und dem Planungsdezernenten einmal eine klare Aussage wünschen, um dieses Ziel, das durchaus in der Zeitung zu lesen war, zu verstehen. Nach unserem Verständnis ist dieser Ausdruck „ein neuer Stadtteil“ irreführend. Wir gehen davon aus - und jetzt komme ich schon zu dem zitierten „organischen Wachstum“ -, dass es in diesem Bereich zu einem Wachstum der bisherigen Stadtteile Niederursel und Praunheim kommen wird, was letztendlich auch diesen beiden Stadtteilen Vorteile bringen und im Ergebnis die Aufenthalts- und Lebensqualität dort steigern wird.

Die Ausdrücke, die vorhin ein bisschen stigmatisiert wurden, die wir aber auch benutzen, weil sie in manchen Köpfen Ängste erzeugen, sind die von „Betonburg“, „Slum“ und „Getto“. Deswegen ist es richtig zu sagen, dass wir darauf achten werden und dass wir solche Entwicklungen verhindern wollen. Man muss nicht nach Rio de Janeiro oder weiter weg gehen: Eine ehrliche Bestandsanalyse zeigt, dass in dieser Stadt in den letzten fünfzig Jahren auch nicht immer alles super war, was im Städtebau gelaufen ist. Es wurden Fehler gemacht, meine Damen und Herren! Diese Fehler wollen wir nicht wiederholen. Die Menschen sind sehr sensibel und viele haben das noch in Erinnerung.

Der Gedanke, dass ein Stadtteil entstehen wird, dessen Mittelpunkt oder gar Keimzelle die Autobahn ist, ist völlig abwegig. Deswegen kann ich die mitunter sehr belehrenden Ausführungen von Schlaumeiern in Zeitungen oder auch in der Öffentlichkeit, die wir lesen oder uns anhören dürfen, zum Teil nur schwach oder gar nicht nachvollziehen. Menschen, die so sprechen, meinen zwar, sie wüssten Bescheid, aber ich habe, um ehrlich zu sein, größere Zweifel, ob sie die Vorlage, über die wir heute abstimmen, überhaupt gelesen haben.

Wo und wann die Stadt weitergebaut wird ...

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Herr Dr. Kößler, Sie sind bestimmt beim letzten Satz.

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**  
(fortfahrend)

Ja, dann bin ich beim letzten Satz. Aber vielleicht komme ich noch einmal und füge dann noch ein paar Sätze hinzu.

Vielen Dank!

(Beifall, Heiterkeit)

---

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

In puncto Theatralik kann ich das eben eingeschlagene Niveau nicht ganz halten. Ich werde mich aber bemühen, ein bisschen auf die Beiträge einzugehen, die wir in der Debatte gehört haben und die durchaus bemerkenswert sind. Ich glaube schon, dass das ein Thema ist, bei dem es sich lohnt, dass man miteinander spricht und aufeinander eingeht, vor allen Dingen, weil hier heute keine abschließende Entscheidung getroffen wird, sondern - das ist ganz zentral - mehr so etwas wie ein Startschuss gegeben und ein Prozess begonnen wird, bei dem noch miteinander zu reden sein wird, was genau wann als Entscheidung zu fällen ist.

Die größte Oppositionspartei hat sich, glaube ich, überhaupt nicht zu Wort gemeldet. Das habe ich so feststellen dürfen. Von der Linkspartei gab es, auch wenn ich das inhaltlich im Prinzip an keiner Stelle teilen kann, immerhin einige Vorstellungen, wie es bei dem Baugebiet weitergehen soll. Das wäre auch etwas, was ich mir bei manch anderem Diskussionsteilnehmer wünschen würde. Von der FDP kam jetzt außer einer aufregenden Geschichte zu dem angeblichen Koalitionskrach nicht so viel.

(Zurufe)

Das fand ich schon letztes Mal, als ich das gelesen habe, sehr interessant. Das ist eines der wenigen Dinge, bei denen ich dabei war. Dazu ist mir jetzt Folgendes eingefallen: Früher hieß es „Freie Demokratische Partei Deutschlands“, jetzt heißt es besser „Fantasierende Partei Deutschlands“!

(Beifall, Heiterkeit, Zurufe)

Es ist so, wie es ist. Ich fand die Story gut, aber sie ist frei erfunden. Es wäre spannend, wenn da etwas dran gewesen wäre, ...

(Zurufe)

... aber alle Beteiligten können bestätigen - und die FDP war leider nicht beteiligt -, dass da gar nichts dran war.

(Zurufe)

Das kann man glauben oder auch nicht. Aber tatsächlich ist es bei dem Thema auch außerhalb des Saals sehr sachlich zugegangen und darüber war ich erfreut, denn das Ergebnis zählt.

Es ist ja nicht so, dass die SPD bei dem Thema keine Presseerklärung abgegeben hätte. Das ist völlig in Ordnung. Ich kann mich allerdings nur an den Inhalt erinnern, dass zwischen Frischwasser und Brauchwasser getrennt werden soll. Das ist ein Vorschlag gewesen, über den man reden kann. Aber genau das ist es, was wir innerhalb der CDU tun. Wir haben uns mit dem Gebiet und mit dem, was da vor uns liegt, mehrfach befasst. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht, nicht zuletzt mit unseren Mitgliedern in den Ortsbeiräten, wie es weitergehen soll, wenn die Entwicklung fortschreitet und bei den Untersuchungen herauskommt, dass man in diesem Areal an der einen oder anderen Stelle zu Baumaßnahmen kommen kann. Wie sollen diese aussehen? Was stellen wir uns dort vor? Ganz ehrlich, mit der Debatte kann man nicht früh genug anfangen. Wir halten es für richtig, auch jetzt schon die Gedanken, die wir dazu entwickeln, hier miteinander, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu teilen. Deswegen haben wir uns dazu geäußert.

(Beifall)

Es ist auch richtig, jetzt schon darüber zu reden, wie vielleicht neue Baugebiete aussehen werden, ob nun an dieser Stelle oder an anderer Stelle in Frankfurt. Da kann ich nur noch einmal klar sagen: Für die CDU sind Grünzonen in größerem Umfang, die für die Lebensqualität notwendig sind, wichtig und auch nicht verhandelbar! Die Naherholung hier in Frankfurt in Parks oder auf anderen Freizeitflächen ist ein Markenzeichen der Stadt und soll es auch in Zukunft sein. Ich will jetzt nur beispielhaft an den Lohrberg erinnern, bei dem sich bei einem Besuch an schönen Sommertagen oder am Wochenende zeigt, dass sich das Wachstum der Stadt nicht nur in Wohngebieten weiterentwickeln kann und soll, sondern auch in den nötigen Freizeit- und Grünflächen. Das sage ich gerade mit Blick auf die hier bestehenden Stadtteile Niederursel und Praunheim.

(Beifall)

Ich will aber auch sagen, dass ich bei den Debatten in den letzten Wochen und Monaten etwas überrascht war, dass die CDU bei dieser Thematik inzwischen scheinbar grüner und lauter als die GRÜNEN ist.

(Beifall, Heiterkeit, Zurufe)

Das rein formelle Argumentieren mit dem Grüngürtel, ...

(Zurufe)

Ja, wir haben aber noch in Zukunft Gespräche in der Koalition und vielleicht können wir dann bei dem Thema auch inhaltlich der Sache noch ein bisschen näher kommen.

(Zurufe)

Darüber müsste man reden. Aber das Wort „Grün“ ist jetzt tatsächlich in diesen langsam anfangenden Gesprächen und vielleicht auch an anderer Stelle eher von uns gefallen. Ich will nur dazu ermuntern.

(Zurufe)

Ich möchte deutlich machen, dass für uns, vorhin wurde es angeschnitten, die Frischluftschneisen am Urselbach und am Steinbach nicht verhandelbar sind. Es ist auch schon angekündigt worden, dass man hier keine Bebauung vorgesehen hat und die Bereiche frei gehalten werden.

(Zurufe)

Das waren jetzt keine Aussagen mehr zu den GRÜNEN. Also, die Frischluftschneisen am Urselbach und am Steinbach sind keine Erfindung der GRÜNEN. Sie sind in dem Plangebiet

sozusagen schon vorgesehen. Auch im ersten Zeitungsartikel, das ist schon ein paar Monate her, wurde die Sorge geäußert, dass sie eben für die entsprechende Luftversorgung wichtig sind. Da kann ich gleich an dieser Stelle für die CDU sagen: Von unserer Seite wird dort sicherlich nicht an eine Bebauung gedacht!

Ein anderer Punkt, der schon in den Zeitungsartikeln zur Sprache kam und die Bürger berührt hat, sind die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Im Koalitionsantrag ist diesbezüglich nachzulesen, dass wir auch in Zukunft in Frankfurt landwirtschaftlich genutzte Flächen erwarten, aber wir natürlich mit dem Problem umgehen müssen, dass die Fläche der Stadt insgesamt beschränkt und überschaubar ist. Insofern ist das Aufgabe des Magistrats, jetzt bei den vorbereitenden Untersuchungen ein Konzept zu erstellen, das für dieses Gebiet eine Aussage trifft, welche Flächen erhalten bleiben können und für welche wir Ersatz suchen müssen.

(Zurufe)

Dabei darf man aber nicht romantisch werden. Frankfurt war in den letzten Jahren keine Agrarstadt und wird in Zukunft auch keine werden. Wir werden uns für den richtigen Platz einsetzen.

Grundlage der Bebauung im Nordwesten, wenn es denn dazu kommt, muss natürlich die Beteiligung der Bürger in den beiden Stadtteilen Niederursel und Praunheim, aber auch ein städtebaulicher Wettbewerb sein. Insofern wird in diesen zwei Jahren nicht alleine eine Untersuchung und Vorüberlegung des Magistrats hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern die Frage, was dort, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, wo und wie gebaut werden kann, soll Teil eines entsprechenden Wettbewerbs und damit der Diskussion sein. Das halten wir für unverzichtbar für den Erfolg dieses Projekts.

(Beifall)

Noch ein paar Selbstverständlichkeiten: Wenn es hier zu neuen Baugebieten kommt, müssen von Anfang an auch Standorte für weiterführende (!) Schulen ausgewiesen werden. Natürlich ist die entsprechende Infrastruktur, die zu neuen Baugebieten gehört, vorzusehen: Kindergärten, Schulen, Sporteinrichtungen, Jugendhäuser, Senioreneinrichtungen, Religionsstätten, Grünanlagen, Plätze und so weiter. Das ist klar, aber auch das soll von Anfang an Teil der Diskussionen und Überlegungen sein, jedenfalls nach unserer Meinung.

Das Thema Verkehr ist von vielen Bürgern angesprochen worden und scheint eine Menge Menschen dahingehend zu belasten, wie diese Problematik gelöst werden soll, wenn es dort



tatsächlich zu Baugebieten in größerem Umfang kommt. Das ist eine Hausaufgabe, die der Magistrat dann lösen muss. Vorhin wurde es erwähnt: Aus Sicht der CDU wird man dann auch, wenn es keine anderen Lösungen gibt, über die Weiterführung der Ortsumfahrung Praunheim und über die RTW-Bahntrasse bis zum Nordwestzentrum reden müssen. Wir halten bei diesem Baugebiet die Verlängerung der Linie U 6 nach Steinbach für zwingend geboten. Eine Buslinie vom Nordwestzentrum nach Steinbach ist in unseren Augen ebenfalls eine richtige und dann gebotene Verkehrserschließungsmaßnahme.

Zum Thema „Nachbarn“ ein paar kurze Schlussbemerkungen: Die CDU hat im August, das kann man nachlesen, und damit schon vor ein paar Monaten gefordert, eine gemeinsame Planungsgesellschaft mit den Nachbarkommunen zu gründen, um dann in der Zusammenarbeit mit der Region zu einem Ergebnis zu kommen, das einen Konsens darstellt. Insbesondere war unser Vorschlag, dass man über den Teil westlich der A 5 nur gemeinsam mit der Stadt Steinbach und der Stadt Oberursel reden kann und am Ende auch eine sinnvolle Entwicklung zustande bekommt. Das ist nach wie vor unsere Meinung! Wir sind froh darüber, dass sich der Planungsdezernent nach drei Monaten Bedenkzeit diesen Gedanken inzwischen angeschlossen hat.

(Beifall, Zurufe)

Gerade das letzte Beispiel zeigt, dass Reden hilft, auch innerhalb der Koalition. Insofern glauben wir, dass der Planungsprozess, der jetzt weitergehen wird, einen guten Verlauf nehmen wird. Wir werden hier weiterhin noch häufig miteinander reden und über gute Ideen streiten.

Vielen Dank!

(Beifall)